



In der Ruhe liegt die Kraft!

Die Verstärkung der Polizeikommissariate ist nach Ansicht der Gewerkschaft der Polizei unabdingbar. Zur Erreichung dieses Zieles sollen laut SPD-Wahlkampfversprechen 100 Kolleginnen und Kollegen an die PK umgesetzt werden.

War es wirklich so notwendig?

Die Umsetzung des Auftrages erfolgte wie so oft: Undifferenziert, unwürdig und ohne Rücksicht auf Verluste. Ohne jede Aufgaben- oder Organisationsüberprüfung wurden Kolleginnen und Kollegen aufgefordert, sich ein PK auszusuchen. Es gibt sogar Kolleginnen und Kollegen, die freiwillig auf die Liste wollten – gefragt wurde aber keiner!

Ohne die sozialen Aspekte (Alter, Krankheit, familiäre Umstände etc.) auch nur ansatzweise zu berücksichtigen, kamen Kollegen auf die „Liste der 100“, was einem nur die Zornesröte ins Gesicht treiben kann.

Wo sind hier Anstand und Menschlichkeit? Das fragen wir den Polizeipräsidenten als denjenigen, der für die Liste die Gesamtverantwortung trägt. Gibt es denn wirklich keinen in seinem Umfeld, der ihm sagt: „Das können wir so nicht machen?“

Was steckt dahinter?

Auf dem Rücken dieser Kolleginnen und Kollegen wird ausgetragen, was nicht nur für die GdP seit langem offensichtlich ist: Die Chemie zwischen Innensenator und Polizeipräsident stimmt vorne und hinten nicht. Um es beim Namen zu nennen: Wir haben in der Polizei Hamburg ein eklatantes Führungsproblem. Wenn Menschen wie seelenlose Objekte behandelt werden, dann hat dies mit moderner Menschenführung rein gar nichts zu tun.

Die Gewerkschaft der Polizei fordert den Innensenator auf, einzugreifen und nun die Entscheidungen zu treffen, die ein geordnetes und vernünftiges Verfahren zur Verstärkung der PK sicherstellen. Schnellschüsse helfen nicht, weil dabei häufig der

Verstand zu kurz kommt. Es müssen klare Führungsverhältnisse hergestellt werden.

Weitere Felder sind zu bestellen

Darüber hinaus begrüßt es die GdP, dass die Aus- und Fortbildung auf neue Beine gestellt werden soll. Auch hier müssen neue Ansätze und Ideen sehr genau geprüft werden. Vor allem aber sind Fach- und Sachverstand der ZP unbedingt mit einzubeziehen. Die Attraktivität des Polizeiberufes muss für Bewerber deutlich verbessert werden. Daher sind Studenten vom ersten Tag an zu alimentieren. Die Freie Heilfürsorge ist wieder einzuführen – hier steht die Gewerkschaft der Polizei bereits in einem konstruktiven Dialog mit der Behördenleitung. Zur Ehrlichkeit gehört auch, dass es

hier um Geld geht, das angeblich nicht zur Verfügung steht. Wenn wir aber sehen, wo und für was Geld geradezu verschleudert wurde und wird, dann können wir das nicht akzeptieren.

Aufsteiger, die die Hochschulausbildung erfolgreich gemeistert haben, sind – ohne weitere „Bewährungszeiten“ – sofort in ihr neues Amt mit entsprechender Besoldung einzuführen.

250 Berufsanfänger sollen jährlich eingestellt werden. Dafür benötigt man ca. 3000 Bewerber, um geeignetes Personal rekrutieren zu können.

Wir müssen also die Attraktivität steigern, weil die Polizei Hamburg den Kampf um geeignetes Personal in Konkurrenz und im Wettbewerb mit anderen Bundesländern nicht verlieren darf!

Autor der Redaktion bekannt

MITGLIEDERWERBEAKTION 2011

Die Gewinner unserer Aktion 2011 stehen fest!

Heike Wiehe vom PSW und Stephanie Orgel von der GdP betätigten sich als Glücksfeen und zogen aus der Vielzahl von Neumitgliedern und Werbern die glücklichen Gewinner!

Grundsätzlich gewinnt jede und jeder, die/der in die GdP eintritt. Zusätzliches und besonderes Glück hatten folgende Neumitglieder und Werber:

- Der erste Preis, die Wochenendreise an die Ostsee für zwei Personen, geht an Martina H. vom LKA 6
- Der zweite Preis, ein LCD-Fernseher, geht an André A. von der ZD 54
- Der dritte Preis, ein Netbook, geht an Mathias S. von der LBP 33



Steffi Orgel als GdP-Glücksfee

- Der vierte Preis, ein I-Pod, geht an Ilona S. vom LBV UZ 22
- Der fünfte Preis, ein DVD-Player, geht an Thorsten B. von der LBP 13

Die Gewinner werden angeschrieben. Der Rechtsweg ist wie immer ausgeschlossen. **Der Landesbezirksvorstand**



Was ist denn nun, Herr Senator?

Offensichtlich ist der Polizeipräsident nicht in der Lage, das Wahlkampfversprechen der SPD – 100 Kolleginnen und Kollegen auf die Straße – zur Zufriedenheit des Senators umzusetzen. Das muss Gründe haben!

Nach wie vor ist nicht bekannt, in welcher Form und mit welchem Inhalt dieser Auftrag ergangen ist. Offenbar lag der Polizeipräsident mit seinen bisherigen Interpretationen des Auftrages stets daneben. Nach den uns vorliegenden Informationen ist auch der 2. Anlauf in weiten Teilen als gescheitert anzusehen. Daher wird nach unseren Informationen nun ein dritter Anlauf – natürlich auf dem Rücken der Betroffenen unternommen!

Jeder gute Befehl enthält den Sinn in sich; ist dies nicht der Fall, kann man keine vernünftige Umsetzung des Gewollten erwarten. In diesem Fall scheinen sich Auftraggeber und Auftragnehmer nicht zu verstehen, obwohl die Amtssprache für beide dieselbe ist.

Die GdP hat vor dem Hintergrund der vorschnellen Verkündung der geplanten Umsetzungen folgende Fragen an den Senator:

1. Wie lautet der genaue Auftrag, den Sie der Polizeiführung erteilt haben?
2. Ist die Umsetzung von älteren Kollegen, die bis zu 59 Jahre alt und zum Teil gesundheitlich angeschlagen sind, tatsächlich von Ihnen gewollt?
3. Wie sollen die Lücken geschlossen werden, die von den umgesetzten Kol-

legen in ihren bisherigen Verwendungen gerissen werden?

4. Warum gab es im Vorfeld keine grundlegende Aufgabenkritik und keine fundierte Untersuchung der Organisationsstrukturen?

Die GdP wiederholt es gerne: Die örtliche Ebene muss gestärkt werden – dies betrifft in erster Linie die personelle Ausstattung der Polizeikommissariate – insbesondere der Dienstgruppen. Unklare und miserabel ausgeführte Aufträge helfen nicht. Die GdP will die Reform der Hamburger Polizei an „Haupt und Gliedern“!

Politische Spielchen auf dem Rücken der Kolleginnen und Kollegen machen wir nicht mit!

Der Landesvorstand



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Hamburg

Geschäftsstelle:
Hindenburgstraße 49
22297 Hamburg
Telefon (0 40) 28 08 96 - 0
Telefax (0 40) 28 08 96 - 18
E-Mail: gdp-hamburg@gdp-online.de
www.gdp-hamburg.de

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:
Montag bis Donnerstag 8.00 bis 16.00 Uhr
Freitag 8.00 bis 14.00 Uhr

Redaktion:
Jörn Clasen (Vi.S.d.P.)
Tresckowstraße 31
20259 Hamburg
Telefon (0 40) 40 60 30
E-Mail: joernclassen@web.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hildren
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33
vom 1. Januar 2011.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6438

TEILZEIT UND ELTERNZEIT

Herr Jantosch: Wo ist das Geld?

Aus der Antwort des Senates vom 5. 7. 2011 auf eine Kleine Anfrage der CDU geht hervor, dass sich aktuell 702 Kolleginnen und Kollegen in Teilzeit (585) bzw. Elternzeit (117) befinden. Die durchschnittliche Inanspruchnahme der Teilzeit beläuft sich auf 15,5 Stunden. Damit hat sich diese wichtige soziale Errungenschaft mit steigender Tendenz in der Polizei Hamburg durchgesetzt.

Allerdings hat man es in der Vergangenheit offenkundig komplett verschlafen, sich konzeptionell auf diese Personalentwicklung einzustellen.

An den Polizeikommissariaten arbeiten 402 Kolleginnen und Kollegen in Teilzeit und 141 in Elternzeit. Im LKA arbeiten 58 in Teilzeit und 22 in Elternzeit.

Etwa die Hälfte der Kolleginnen und Kollegen in Elternzeit arbeiten auch Teilzeit.

Insbesondere bei den Teilzeitkräften, die ein entsprechend ihrer verminderten Arbeitsstunden verringertes Gehalt beziehen, stellt sich die Frage, wo das Geld geblieben ist.

Für neues Personal jedenfalls ist es offenkundig nicht ausgegeben worden. Wenn das so ist, wo ist das Geld denn dann ausgegeben worden? Etwa für Vierbeiner oder Umbaumaßnahmen?

Die Gewerkschaft der Polizei würde gerne genau wissen, was mit den Differenzbeträgen geschieht!

Wir fordern die neue Behördenleitung auf, für die notwendige Transparenz und Aufklärung zu sorgen. Die Aussage, die Mittel seien für Erhöhungen der Teilzeit und Rückkehrer aus Beurlaubungen ausgegeben worden, überzeugen nur den, der es glauben will.

Finanzmittel, die durch Teil- und Elternzeit freigesetzt werden, sind für weiteres Personal einzusetzen!

Der Landesbezirksvorstand





Polizeisozialwerk

Hamburg GmbH

Eine Gründung der Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Hamburg

Egal, ob Sie sich
rasant im
Schnee sportlich
betätigen...



...oder lieber in der
Sonne gemütlich
ausruhen,
**wir haben die
richtige Reise
für Sie!**

Fragen Sie Ihren Urlaub bei uns an:
Polizeisozialwerk Hamburg GmbH

Hindenburgstr. 49

22297 Hamburg

Tel.: 040 / 28 08 96 16

Fax: 040 / 28 08 96 27

e-mail: psw-reisen-hamburg@gdp-online.de



meinreisespezialist

Lustsprung in die Welt

„Biker spenden Blut“

Die GdP Bundespolizei, Kreisgruppe Hamburg, veranstaltet in der Zeit

vom 2. bis zum 4. September
2011

in Kakenstorf (zwischen Buchholz i. d. N. und Tostedt) ein Bikertreffen unter dem Motto „Biker spenden Blut“! Die GdP –



Landesbezirk Hamburg – unterstützt die Aktion und ruft seine Mitglieder dazu auf, sich an dieser Aktion zu beteiligen.

Die erwirtschafteten Gewinne dieser Veranstaltung, an der sich u. a. auch das THW, das DRK, die DEKRA, die Freiwillige Feuerwehr und der ACE beteiligen, werden einem Kinderhospiz in Hamburg gespendet.

Die Veranstaltung findet im Landgasthof „Zum Estetal“ und auf deren Gelände statt. Es ist ein umfangreiches Programm geplant, an dem man das gesamte Wochenende oder auch nur an einem Tag teilnehmen kann.

Für die Übernachtungsgäste erfolgt die Anreise am Freitag, dem 2. September, ab 18.00 Uhr, und endet am Sonntag, dem 4. September, nach dem Frühstück um 11.00 Uhr.

Preiswerte Übernachtungsmöglichkeiten bestehen nach vorheriger Anmeldung bei der GdP Bundespolizei, Kreisgruppe Hamburg, im dortigen Schullandheim „Kakenstorf“, auf Feldbetten bei der dortigen Freiwilligen Feuerwehr, auf dem Campingplatz im eigenen Zelt oder in den umliegenden Pensionen unter der Tel.-Nr. 0 40/66 99 50 57 20.

Für das gemütliche Beisammensein bei Musik, zwischen den Feuerkörben und einer kräftigen Gulasch- bzw. Erbsensuppe aus der Feldküche der FF Kakenstorf, ist gesorgt.

Am Samstag ist eine vierstündige Fahrt in die Ausläufer der Lüneburger Heide mit einer Kaffeepause in Bispingen geplant. Um 14.00 Uhr wird ein kräftiges Mittagessen in Kakenstorf angeboten und danach ist die Freiwilligkeit des „Blut spenden“ gefragt!

Vorfürhungen der Freiwilligen Feuerwehr, des THW und Informationsstände des ACE und der DEKRA sowie eine große Tombola runden das Programm ab.

Anmeldungen und weitere Informationen ab sofort bei der Kreisgruppe Hamburg, der GdP Bundespolizei (Kreisvorsitzender Kollege Dieter Lazarus) unter der Tel.-Nr. 0 40/66 99 50 57 20 oder Mobil: 05 11/6 76 75 45 04 oder per E-Mail: dieter.lazarus@polizei.bund.de!

Die Veranstalter freuen sich über eine große Beteiligung.

Klaus-Peter Leiste

VERANSTALTUNG

Noch nicht zur GdP-Fahrradrallye angemeldet?

Wie schon in unserer letzten Ausgabe angekündigt, findet am

Sonntag, dem 18. September,
um 10.00 Uhr,

unsere so beliebte GdP-Fahrradrallye statt. Wir würden uns freuen, wenn sich wieder viele Kolleginnen und Kollegen mit ihren Familienangehörigen an der Fahrradrallye bzw. Stadtteilerkundungstour beteiligen, die, wie in den letzten Jahren, nicht nur für die „Großen“, sondern auch für die „Kleinen“ geeignet ist.

Für eine ausreichende Versorgung an Getränken und Imbiss ist während der Tour gesorgt. Am Ende der Rallye werden wir uns mit leckerem Grillfleisch wieder stärken.

Anmeldungen werden ab sofort in der GdP-Geschäftsstelle unter der Tel.-Nr. 28 08 96-17 oder per Fax 28 08 96-18 oder

per E-Mail: gdp-hamburg@gdp-online.de entgegengenommen. Die Startgebühr beträgt 5,-€. **Der Landesbezirksvorstand**



Widerstand gegen Polizeibeamte soll härter bestraft werden

Das Strafmaß bei Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte soll von zwei auf drei Jahre angehoben werden. Die Koalition aus CDU/CSU und FDP hat am 6. 7. 2011 im Rechtsausschuss einen entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung beschlossen. Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen stimmten gegen die Initiative, während sich die SPD-Fraktion enthielt.

Die Bundesregierung hatte ihren Gesetzentwurf damit begründet, dass Polizisten immer wieder Opfer von Gewalt würden. In den letzten Jahren habe es bei diesen Delikten eine Steigerung von mehr als 30 Prozent gegeben.

So berichtet z. B. der Leiter des Kriminologischen Instituts, Christian Pfeiffer, dass die Täter, die Polizisten angriffen, immer jünger würden. Bei Jugendlichen habe man in den letzten zehn Jahren einen Anstieg um 80 Prozent festgestellt, im Gegensatz z. B. bei den über 30-Jährigen, wo es zu keiner Zunahme gekommen sei. Außerdem gebe es eine drasti-

sche Zunahme an Fällen, bei denen der Angreifer betrunken gewesen sei. Die häufigsten Situationen, in denen Polizisten Opfer von Gewalt würden, seien Streitfälle in Familien, Einsätze bei Ruhestörungen und bei Demonstrationen.

Der bisherige Tatbestand des § 113 StGB soll „um andere gefährliche Werkzeuge“, die schwere Verletzungen hervorrufen könnten (etwa ein Baseballschläger), ergänzt werden.

Zudem sollen Feuerwehrleute und Rettungskräfte den Vollstreckungsbeamten gleichgestellt werden, da auch diese Berufsgruppen immer wieder in ihrer Arbeit behindert werden.

Allerdings gibt es für die geplanten Änderungen auch Kritik, da nach einer Auffassung kein gesetzgeberischer Handlungsbedarf bestehe. Soweit es tatsächlich um den Schutz des individuellen Polizeibeamten gehe, könne eine gegen ihn ausgeübte Gewalthandlung bereits jetzt – wie gegen jeden – wegen Körperverletzung nach §§ 223, 224 StGB oder § 240 StGB verfolgt werden soweit § 113 StGB nicht lex specialis gegenüber § 240 StGB sei (BGHSt 48, 233). Das Gesetz sehe für einfache Körper-

verletzungen bereits einen Strafraum von bis zu fünf Jahren und für gefährliche Körperverletzungen, z. B. bei Verwendung eines gefährlichen Werkzeugs, einen Strafraum von sechs Monaten bis zu zehn Jahren vor. Die Nötigung ist mit einem Strafraum von bis zu drei Jahren bedroht. Zudem sei bereits bei all diesen Delikten der Versuch unter Strafe gestellt.

Die Regierungskoalition meint demgegenüber als wesentliche Begründung für die beabsichtigte Verschärfung, es gehe darum, den „Respekt für staatliche Organe“ wieder herzustellen. Die Botschaft müsse lauten: „Wir stehen hinter ihnen!“ Auch die FDP wies darauf hin, dass es zu viel Gewalt gegen Polizeibeamte gebe. Deshalb sei eine Verschärfung des Gesetzes geboten. Die SPD wandte sich zwar gegen eine „symbolische Gesetzgebung“, dennoch sei z. B. der verbesserte Schutz der Rettungsdienste positiv zu sehen. Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen stimmten gegen den Gesetzentwurf. „Es gibt praktisch niemanden, der ein gutes Wort an diesem Gesetzentwurf lässt“, fasste die Fraktion ihre Auffassung zusammen.

RA Rolf Huschbeck (PHK a.D.)

Verletzt im Dienst: Was ist zu tun?

Viele Kolleginnen und Kollegen haben nach einem Unfall die Sorge, etwaige Ansprüche könnten veräußert werden. Nach § 51 HmbBeamtVG hat der Beamte Unfälle, aus denen sich Unfallfürsorgeansprüche ergeben könnten, innerhalb einer Frist von zwei Jahren nach dem Eintritt des Unfalles beim Dienstvorgesetzten zu melden.

Allerdings wird von dem Beamten oder von seinem Vorgesetzten oder seinen Kollegen, wenn er selbst nicht in der Lage dazu ist, erwartet, unverzüglich eine Unfallmeldung zu fertigen. Hierbei ist besonders zu beachten, dass für die grundsätzliche Anerkennung des Unfallgeschehens als Dienstunfall, als auch für mögliche weitergehende Ansprüche (erhöhtes Unfallruhegehalt) die Voraussetzungen der jeweiligen Normen zwingend

erfüllt sein müssen. Die Unfallmeldung ist gerade dort von besonderer Brisanz, wo Zweifel an der Kausalität zwischen Geschehen und gesundheitlicher Folge bestehen.

Gerade wenn es bei einer Diensthandlung nicht zu einer „äußeren“ Verletzung kommt, sondern z. B. zu einem Herzinfarkt, Bandscheibenvorfall, Achillessehnenabriss etc., wird immer die Frage einer Vorschädigung im Raume stehen und häufig auch bejaht werden müssen. Das hat dann in aller Regel zur Folge, dass die prüfende Behörde die Kausalität verneint und somit den Dienstunfall aufgrund einer Vorschädigung nicht anerkennt.

Hier ist es jetzt von entscheidender Bedeutung, die speziellen Besonderheiten der jeweiligen Diensthandlung in Bezug auf den Körperschaden darzustellen, um dem Beamten nicht von vorneherein die Anerkennung eines Dienstunfalles

unmöglich zu machen. Deshalb ist eine solche Unfallmeldung mit Akribie zu fertigen. Im Interesse der optimalen Versorgung des verletzten Beamten ist deshalb mit Angaben zum genauen Unfallgeschehen sehr sorgfältig umzugehen. Auch unter dem Druck von eventuell ermittelnden Beamten kann und sollte man daher im Einzelfall notfalls die Angaben zunächst verweigern und sich zu einem späteren Zeitpunkt äußern. Bestehen in bestimmten Fallkonstellationen für den Beamten, der die Unfallmeldung fertigt oder für den betroffenen Beamten Zweifel an der Kausalität, so sollte man mit der Meldung zunächst abwarten und sich ggf. anwaltlich beraten lassen. Man sollte immer im Hinterkopf behalten: Die Beweislast für das Vorliegen eines Dienstunfalles obliegt grundsätzlich dem Beamten!

**A. von Mitschke-Collande,
Geschäftsführer GdP Hamburg**



„HÄNDE WEG VOM WEIHNACHTSGELD“

Protestaktion der GdP und GEW Senioren

Unter dem Motto „Alte Säcke haben ausgedient“ und „Senioren lassen Federn“ hatten die beiden Gewerkschaften GEW und GdP ihre Mitglieder am 21. Juni zum Gänsemarkt gerufen, wo sie ihren Unmut lautstark dem Finanzsenator zuriefen und ihre „Federn“ ließen!

Es waren ca. 2000 unzufriedene Seniorinnen und Senioren zur Protestaktion auf den Rathausmarkt gekommen und anschließend zum Rathausmarkt gezogen, um sich der dortigen Aktion des DBB anzuschließen.

Die GEW hatte ihre Senioren ab 14.00 Uhr in das „Curio Haus“ zu einer Auftaktveranstaltung eingeladen, wo auch der Seniorenvorsitzende Klaus-Peter Leiste eingeladen worden war, um an die Anwesenden ein Grußwort zu richten.

Mit großem Beifall wurde die Rede des GdP-Seniorenvorsitzenden quittiert in dem er deutlich machte, dass die Pensionäre der GEW und GdP jahrzehntlang hart und gut gearbeitet hatten für die schöne Stadt Hamburg. Die Bildungsgrundlagen geschaffen, damit unsere Kinder mit beiden Beinen im Berufsleben stehen können. Die Pensionäre der Polizei, die über Jahrzehnte für unsere Bürgerinnen und Bürger, für eine sichere Stadt, für eine verfehlte Politik des Senates den Kopf



Unsere „alten Säcke“ haben noch lange nicht ausgedient!

hingehalten haben, werden so abgestraft und mit Almosen abgeseigt!

Als Dank der guten und harten Arbeit streicht bzw. kürzt der SPD-Senat uns erheblich die Sonderzuwendung! Der Bürgermeister dieser Stadt sagte immer wieder in seinen Wahlkampfreden, „Gute Arbeit muss auch gut und gerecht belohnt werden!“

Wir wollen die Kürzung und Streichung nicht so ungekämpft hinnehmen! Wir lassen uns nicht abkoppeln, nicht spalten von unseren aktiven Kolleginnen

und Kollegen. Wir appellieren noch einmal ausdrücklich an den sozialdemokratischen Senat: „Das Berufsbeamtentum darf keine Einbahnstraße sein!“ Es kann aus unserer Sicht nicht sein, dass die Alimentation einseitig gekündigt wird! Eine Amts angemessene und lebenslange Alimentation ist die Pflicht unseres Dienstherrn!

Der Fachbereichsvorstand dankt allen Kolleginnen und Kollegen, die sich an der Protestaktion beteiligt hatten.

Der Fachbereichsvorstand Senioren

Anzeige

Notdienst der Glaserinnung Hamburg
für alle Hamburger Bereiche

Glaser-Notdienst
Tel. 830 06 60

Firmenungebundene
Auftragsannahme



GLASERINNUNG HAMBURG

BILDUNGSANGEBOT

Seminar: Aktuelles aus der WS

Wer möchte nicht hinter die Kulissen der Wasserschutzpolizei schauen, sich dabei mit Kolleginnen und Kollegen austauschen und dies auch noch vor einer herrlichen Umgebung tun?

Unser traditionelles WS-Seminar findet in diesem Jahr

vom 26. bis 30. September im Jugendfeuerwehrzentrum Rendsburg statt.

Weitere Infos sowie die Möglichkeit zur Anmeldung gibt es an der Geschäftsstelle der GdP unter Tel. 28 08 96-17.

Der Fachbereichsvorstand



Mitgliederversammlung Zu Gast: Innensenator Neumann

Vor Beginn der Mitgliederversammlung des Fachbereiches Senioren begrüßte der eingeladene Innensenator, Herr Michael Neumann, jedes anwesende GdP Mitglied persönlich. Eine Begrüßung der besonderen Art, die wir so noch nicht kannten, um vielleicht von den Sparbeschlüssen abzulenken?

Ja, „Händeschütteln“ war angesagt, statt Weihnachtsgeld zu zahlen!

Nein, wir sehen diese Geste der Begrüßung sehr positiv und freuten uns, dass der Senator der Einladung zur Mitgliederversammlung folgte!

Da der Senator nur eine halbe Stunde Zeit für uns hatte, konnten diverse aktuelle innenpolitische Themen nur angerissen und somit leider auch nicht mehr diskutiert werden. Nach einer kurzen eigenen Vorstellungsrunde teilte er mit, dass das angekündigte Regierungsprogramm umgesetzt wird.



Aufmerksam wurden die Informationen verfolgt, die Kritik an den massiven Eingriffen in das „Weihnachtsgeld“ verstummten nicht.

dem Prüfstand stehen. Es wird gegenüber der CDU-Regierung ein erhöhtes Weihnachtsgeld (Sonderzahlung) für die aktiven Kolleginnen und Kollegen gezahlt, und ab 2012 soll dieser Betrag in die Besoldungstabelle eingebaut werden. Für die Versorgungsempfänger werden maximal 500,- € gezahlt. Das Tarifiergebnis wird auf die Beamten übertragen aber ohne die Einmalzahlungen.

In diesem Jahr werden 250 neue Kolleginnen und Kollegen eingestellt.

Aus dem Plenum wurden noch einige Fragen zur Innenpolitik, wie z. B. zum SPD-Wahlprogramm „Innere Sicherheit“, der Umsetzung von 100 Kolleginnen und Kollegen an den Senator gerichtet, auf die er noch kurz einging, bevor er die Versammlung verlassen musste, um an der Sitzung des Innenausschusses teilzunehmen.

Der Vorsitzende des Fachbereiches Senioren, Klaus-Peter Leiste, dankte dem Senator für das offene Gespräch, aber nicht für die Kürzung des Weihnachtsgeldes bei den Versorgungsempfängern. Der Senator versprach den Anwesenden möglichst bald wieder der Mitgliederversammlung einen Besuch abzustatten, um mit ihnen ins Gespräch zu kommen.

Nachdem der Senator die Versammlung verlassen hatte, wurden noch gewerkschaftliche Themen vom Vorsitzen-

den angesprochen, und er bat um volle Unterstützung und Anwesenheit bei der geplanten Protestaktion der GdP und



Senator Neumann begrüßte alle mit Handschlag.

So sprach er u. a. den „1.-Mai-Einsatz“ an, der aus Sicht der Innenbehörde und der Polizei erfolgreich verlief. Die PK werden personell aufgestockt und dazu werden aus den Stäben 100 Kolleginnen und Kollegen umgesetzt. Es werden keine Stellen bei der Polizei und Feuerwehr gestrichen und keine PK geschlossen. Nach dem „Facebook-Einsatz Tessa“ in Bramfeld wird auch die Reiterstaffel auf



Klaus Peter Leiste und unser Gast Innensenator Neumann

GEW auf dem Gänsemarkt, um dem Senat deutlich zu machen, dass die Versorgungsempfänger nicht mit der Kürzung der Sonderzuwendung und der Abkoppelung von den aktiven Kolleginnen und Kollegen einverstanden sind.

Fachbereichsvorstand Senioren



WIR GRATULIEREN ZUM

70. Geburtstag

- 3. August 2011 Gerhard Schweinsberg
- 8. August 2011 Renate Goldammer
- 12. August 2011 Rudolf Herold
- 26. August 2011 Jürgen Bültemeier
- 29. August 2011 Robert Sieck
- 31. August 2011 Peter Mader

80. Geburtstag

- 1. August 2011 Herbert Baethke
- 14. August 2011
Ingrid Durdel
Henry Möhle
- 21. August 2011
Sigrid Fischer
Eleonora Stehnek
- 22. August 2011 Hans Hellmann

85. Geburtstag

- 7. August 2011 Erwin Boldt

87. Geburtstag

- 6. August 2011 Ruth Leimer
- 12. August 2011 Karl-Heinz Keller
- 14. August 2011 Ilse Lehurey-Rief
- 25. August 2011 Vera Berg

88. Geburtstag

- 13. August 2011 Horst Strobel
- 23. August 2011 Gerhard Schmidt
- 25. August 2011 Gisela Schmidt
- 30. August 2011 Kurt Kerstan

90. Geburtstag

- 1. August 2011 Edith Schmidt
- 11. August 2011 Richard Voß
- 26. August 2011 Frieda Stein

92. Geburtstag

- 26. August 2011 Irmgard Langspecht

wohlverdienten Ruhestand

- 9. August 2011
Norbert Bluhm Ang. VD 3
- 24. August 2011
Bernd Masur PHK WSPK 1
- 26. August 2011
Rainer Richardt PHK WSPK 1

Hinweis:

Aus datenschutzrechtlichen Gründen ist eine Veröffentlichung von 25-j. und 40-j. Dienstjubiläen ohne ausdrückliche Zustimmung des Jubilars in der Zeitschrift „Deutsche Polizei“ leider nicht mehr gestattet. Sollte eine Veröffentlichung des Dienstjubiläums gewünscht werden, bitten wir um Mitteilung des Termins an die GdP-Mitgliederverwaltung.

Tel.: 0 40/28 08 96-17

VERANSTALTUNG

Nach der Sommerpause!

Die nächste Mitgliederversammlung des Fachbereiches Senioren findet am

Dienstag, dem 13. September 2011, um 15.00 Uhr,

in der Kantine des Polizeipräsidiums statt.

Wir wünschen unseren Mitgliedern eine erholsame und sonnige Sommerpause und hoffen, dass wir uns alle gesund wiedersehen.

Klaus-Peter Leiste

STERBEFÄLLE

Anzeige



Ich bin ein Vorsorger!

Ich geh' gern auf Nummer sicher - auch bei meinem Finale auf Erden. Komme, was wolle: Alles ist jetzt in besten Händen.



- | | |
|--|---|
| 26. Mai 2011
Willi Knoechel PHM i. R. (82) | 11. Juni 2011
Friedrich Brinkop KHK i. R. (79) |
| 1. Juni 2011
Hilde Fink Witwe (88) | 14. Juni 2011
Lothar Glienke EKHK i. R. (74) |
| 2. Juni 2011
Horst Rösler PHM i. R. (83) | 17. Juni 2011
Hans-Hermann Kirmse PHM i. R. (84) |
| 4. Juni 2011
Dieter Heidel AiA i. R. (73) | 18. Juni 2011
Jürgen Laakmann KK i. R. (79) |
| 5. Juni 2011
Günther Jensen VA i. R. (77) | 20. Juni 2011
Herbert Riek PHM i. R. (87) |
| 7. Juni 2011
Anne-Rose Vosgerau Witwe (93) | 28. Juni 2011
Herbert Andre PHK i. R. (78) |
| 4. Juni 2011
Fritz Griephan PHM i. R. (85) | 29. Juni 2011
Rainer Legahn Schiffsführer (64) |
| 10. Juni 2011
Robert Schimmelpfennig PHM i. R. (87) | |

Wir werden den Toten ein ehrendes Andenken bewahren.

